Zeitschrift: Arbido

Herausgeber: Verein Schweizerischer Archivarinnen und Archivare; Bibliothek Information Schweiz

Band: - (2015)

Heft: 2: Herausforderung Urheberrecht = Le défi du droit d'auteur = La sfida del diritto d'autore

Rubrik: Urheberrechte heute - und morgen? = Le droit d'auteur d'aujourd'hui - et de demain?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

I. Urheberrecht heute – und morgen? / *Le droit d'auteur d'aujourd'hui – et de demain?*

Le droit d'auteur – was regelt das Gesetz, und was fehlt aus Bibliotheks- und Archivsicht?

Jacques Bühler, secrétaire général suppléant au Tribunal fédéral
Danielle Kaufmann, Rechtsdienst Universitätsbibliothek Basel

Archive und Bibliotheken ohne Werke sind nicht denkbar. Aber was genau ist ein Werk, welche Rechte hat der Urheber an seinem Werk, und was dürfen die Bibliothek und das Archiv mit dem Werk tun? Das Urheberrechtsgesetz regelt vieles, nicht alles nur im Interesse der Bibliotheken und Archive, einiges fehlt im Gesetz, und anderes könnte klarer geregelt sein.

Wozu ein Urheberrecht?

Das Urheberrechtsgesetz[1] (URG) schützt in erster Linie die Interessen der Urheber[2] (Autoren, Fotografen, Architekten, Komponisten etc.), deren Rechte an ihren geistigen Werken und die Rechte der Urheberrechtsvermittler, beispielsweise der Verlage. Daneben – aus Archiv- und Bibliothekssicht nicht so zentral – schützt das Urheberrecht auch die sogenannten verwandten Schutzrechte, die Rechte der ausübenden Künstler, der Hersteller von Ton- und Tonbildträgern und der Sendeunternehmen.[3]

Der Schutz der Werke ist notwendig, denn ohne einen solchen könnten diese Werke von jedermann kostenlos, jederzeit und in jeder Art und Weise genutzt werden. Die Urheber hätten das Nachsehen, denn für sie würde es sich niemals lohnen, Werke herzustellen, wenn sie für deren Nutzung kein Entgelt erhielten und jedermann ihr Werk nehmen und sich beispielsweise als Urheber davon ausgeben könnte. Und es fände sich wohl kein Verlag, der die hohen Investitionen für die Herstellung eines Buches übernehmen würde, wenn jeder andere das genau gleiche Buch zeitgleich herausgeben könnte. Aus diesen Gründen gewährt das Gesetz den Urhebern gewisse Ausschliesslichkeitsrechte an ihren Werken, schränkt damit den freien Wettbewerb bei der Nutzung geistiger Werke ein und verzögert zudem, zum Schutz der Investitionen, den Markteintritt von Konkurrenten.

Auf der anderen Seite braucht die Gesellschaft aber unbedingt das künstlerische, kulturelle und wissenschaftliche Werkschaffen zur Weiterentwicklung und zur Bereicherung, denn ohne geistige Werke würde die Gesellschaft verarmen. Daher schützt das Urheberrecht auch die Interessen der Werknutzer. Denn Werke müssen unter gewissen Bedingungen genutzt werden können und zirkulieren dürfen. Daher versucht das Gesetz, einen möglichst gerechten Interessenausgleich zwischen den drei Interessenvertretern – Urheber, Vermittler und Nutzer – zu erzielen. Allerdings sind die Interessenlagen wirtschaftlich gesehen äusserst ungleich verteilt. Am allermeisten profitieren die kommerziellen Vermittler, und durch den technologischen Wandel nimmt die Schutzbedürftigkeit der Urheber- und Nutzerinteressen zunehmend zu, weshalb das Urheberrechtsgesetz immer wieder angepasst werden muss.

Welche Werke schützt das Gesetz?

Nach Gesetz ist nicht jedes Werk geschützt, sondern dieses muss einerseits eine geistige Schöpfung sein und gleichzeitig individuellen Charakter aufweisen.[4] Oder etwas verständlicher ausgedrückt: Werke werden vom Gesetz nur geschützt, wenn sie von einem Menschen erschaffen und sinnlich wahrnehmbar sind sowie sich vom bereits existierenden Repertoire abheben, also eine gewisse Originalität aufweisen und der Werkschöpfer ausreichend Raum für sein individuelles Schaffen hatte.

Bezüglich Werkarten ist fast alles denkbar, das Gesetz nennt insbesondere Sprach- und Musikwerke, bildende Kunst, wissenschaftliche Werke, Fotografien, Filme, Choreografien[5] und Computerprogramme[6]. Ebenfalls geschützt sind Teile von Werken, Titel oder auch nur Entwürfe, sofern diese für sich alleine ebenfalls geistige Schöpfungen mit individuellem Charakter sind.[7] Im Weiteren sind sogenannte Werke zweiter Hand[8], beispielsweise Übersetzungen, Verfilmungen, Remixes, u.Ä. geschützt, wie auch Sammelwerke[9] als Ganzes, d.h. Zeitungen, Lexika, Ausstellungskataloge, wissenschaftliche Festschriften etc., unabhängig davon, ob die darin enthaltenen Werke selber auch geschützt sind.

Dagegen sind Werke wie Gesetze, Entscheide, Zahlungsmittel, Protokolle und Berichte der öffentlicher Verwaltung etc. nicht geschützt.[10]

Wer ist Urheber, und wie wird man das?

Grundsätzlich kann Urheber nur eine natürliche Person sein.[11] Oder anders gesagt, ein Verlag beispielsweise kann nur Urheber des Romans sein, wenn der Autor seine Urheberrechte auf den Verlag übertragen hat.[12] Auch Erben können Urheber sein, da das Urheberrecht vererblich ist.[13]

Möglich ist auch eine gemeinsame Werkschöpfung durch mehrere Personen, dann liegt Miturheberschaft[14] vor,

1 Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte, SR 231.1
2 Art. 1 Abs. 1 lit. a URG
3 Art. 1 Abs. 1 lit. b und Art. 33ff. URG, darauf wird im Weiteren nicht näher eingegangen.
4 Art. 2 Abs. 1 URG
5 Art. 2 Abs. 2 URG
6 Art. 2 Abs. 3 URG
7 Art. 2 Abs. 4 URG
8 Art. 3 URG
9 Art. 4 URG
10 Art. 5 URG
11 Art. 6 URG
12 Art. 16 Abs. 1 URG
13 Art. 16 Abs. 1 URG
14 Art. 7 Abs. 1 URG

mit der Konsequenz, dass beim Einholen einer allfälligen Erlaubnis alle Miturheber angefragt werden müssen, es sei denn die Miturheber haben eine andere Vereinbarung getroffen.[15] Urheber ist man ab jenem Moment, in dem das Werk erschaffen ist. Oder anders formuliert: Der urheberrechtliche Schutz des Werkes beginnt mit dessen Schöpfung, dazu braucht es keine Eintragung in einem Register und auch kein ©-Zeichen.[16]

Und wenn nicht klar ist, wer Urheber ist?
Dann stellt das Gesetz ein paar Vermutungen an. Erstens gilt als Urheber, wer als solcher auf dem Werk mit Namen angegeben ist,[17] auch wenn dies nur ein Pseudonym sein sollte. Zweitens, für den Fall, dass keine Urheberbezeichnung angebracht ist oder der Urheber unbekannt ist, ist vermutungsweise Urheber, wer das Werk herausgibt. Ist auch diese Person unbekannt, kommt als Letztes die Vermutung zum Zuge, dass Urheber ist, wer das Werk veröffentlicht, was dann beispielsweise auch eine Bibliothek sein kann.[18]

Was hier einfach klingt, ist in der Praxis sehr schwierig. Der Umgang mit Werken von unbekannten Urhebern, sogenannten verwaisten Werke, stellt gerade die Archive und Bibliotheken vor grosse Probleme, und das geltende Urheberrechtsgesetz hält keine ausreichende Lösung bereit.[19]

15 Art. 7 Abs. 2 URG
16 Art. 29 Abs. 1 URG
17 Art. 8 Abs. 1 URG
18 Art. 8 Abs. 2 URG
19 Siehe dazu den Artikel «Verwaiste Werke: Dornröschenschlaf in den Magazinen der Bibliotheken und Archive» von Andrea Ruth Schreiber in dieser Ausgabe von arbido.
20 Art. 9 Abs. 1 URG
21 Art. 9 Abs. 2 und 3 URG
22 Art. 10 URG
23 Art. 31 Abs. 1 URG
24 Siehe dazu den Artikel «Verwaiste Werke: Dornröschenschlaf in den Magazinen der Bibliotheken und Archive» von Andrea Ruth Schreiber in dieser Ausgabe von arbido.
25 Loi fédérale sur le droit d'auteur et les droits voisins = LDA (RS 231.1)
26 Art. 9 LDA
27 Cf. art. 29 – 32 LDA

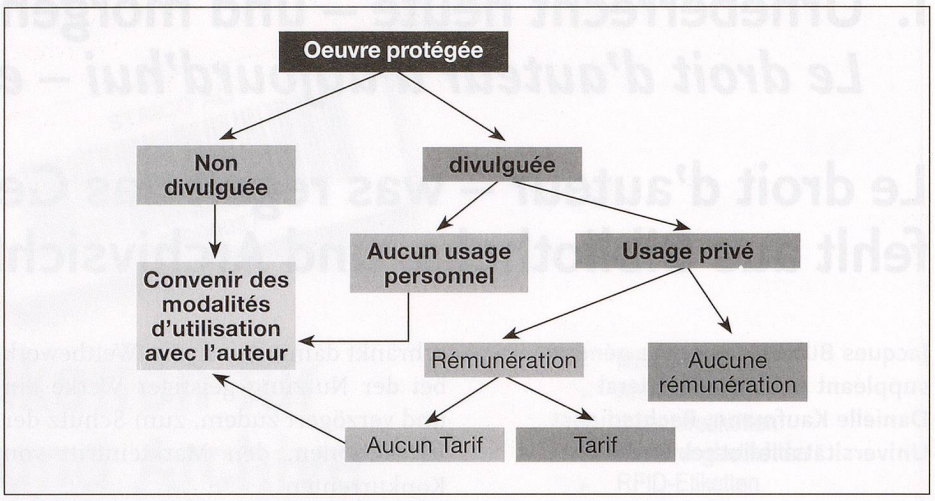


Schéma: Les questions à se poser pour utiliser une œuvre en toute légalité.

Die Rechte des Urhebers an seinem Werk
Das Konzept des Urheberrechts sieht im Grundsatz ein ausschliessliches Recht des Urhebers an seinem Werk vor.[20] Nur er darf darüber entscheiden, ob, wann und wie sein Werk ein erstes Mal veröffentlicht und damit einem über seinen privaten Kreis hinausgehenden Personenkreis zugänglich gemacht wird.[21] Des Weiteren hat der Urheber auch das alleinige Recht, darüber zu entscheiden, wie sein veröffentlichtes Werk genutzt, d.h. vervielfältigt, verkauft, aufgeführt, online zugänglich gemacht etc. werden darf.[22]

Das geltende Urheberrechtsgesetz hält keine ausreichende Lösung bereit für den Umgang mit Werken von unbekannten Urhebern.

Die Interessen und Rechte der Nutzer
Wie oben ausgeführt, versucht das Gesetz einen Interessenausgleich herzustellen, sodass auch die Nutzer auf ihre Rechnung kommen. Daher beschränkt das Gesetz die ausschliesslichen Rechte der Urheber in verschiedener Art und Weise.

Eine der wichtigsten Begrenzungen des urheberrechtlichen Schutzes sind die Schutzfristen, denn kein Werk soll für immer und ewig geschützt sein. Im Prinzip endet der urheberrechtliche Schutz 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers. Die gesetzliche Berechnung der Schutzfrist ist in der Realität aber oft sehr kompliziert, denn nicht immer kennt man den Urheber, oder, falls man ihn kennt, weiss man nicht zwingend, wann dieser allenfalls verstorben ist. Daher stellt das Gesetz auch hier Lösungsansätze zur Verfügung. Bei unbekannten oder unauffindbaren Urhebern erlischt der Schutz 70 Jahre nach der Veröffentlichung des Werkes.[23] Wobei man nicht leichtfertig annehmen darf, dass der Urheber unbekannt oder nicht kontaktierbar ist, vielmehr muss man sorgfältig nach dem Urheber suchen.[24]

De l'usage personnel et des restrictions au droit d'auteur
La loi fédérale sur le droit d'auteur (LDA) et les droits voisins[25] confère à l'auteur le droit exclusif de disposer de son œuvre[26]. Vu les intérêts des utilisateurs de pouvoir utiliser une œuvre, comme par exemple copier un article dans une revue, la loi a prévu une série de restrictions au droit de l'auteur pour faciliter l'accès à l'œuvre aux utilisateurs. Dans certains cas, une redevance est due.

Utilisation d'une œuvre: les questions à se poser
Lorsqu'une personne désire savoir si et à quelles conditions elle peut utiliser une œuvre, le schéma reproduit ci-dessus lui permet de se poser les bonnes questions pour pouvoir ensuite utiliser l'œuvre désirée en toute légalité.

1re question: l'œuvre est-elle protégée par le droit d'auteur?
La première question à se poser est de savoir si l'on est en présence d'une œuvre protégée ou non. Si l'auteur d'une partition musicale est mort depuis plus de 70 ans, son œuvre n'est plus protégée[27]. Dans ce cas, nous pou-

vons par exemple la photocopier librement. En revanche, si l'œuvre est encore protégée, nous devons nous poser la question suivante.

2e question: l'œuvre est-elle divulguée ou non?

Lorsqu'une œuvre, par exemple une pièce de théâtre, n'existe que sous une forme manuscrite conservée par son auteur, l'œuvre n'est manifestement pas (encore) divulguée. Dans ce dernier cas, si l'on veut lire cette pièce ou la monter dans un théâtre, il convient de prendre contact avec l'auteur et convenir avec lui des modalités d'utilisation, notamment de la rémunération qui devra lui être versée. En revanche, lorsqu'un livre est recensé dans le catalogue d'une bibliothèque, on est en présence d'une œuvre divulguée. Dans ce cas, il faut se poser la question suivante.

3e question: l'usage envisagé poursuit-il des fins privées (usage privé)?

La LDA décrit à l'art. 19 al. 1 ce qu'il faut comprendre par une «utilisation à des fins privées». Il s'agit:

a) De toute utilisation à des fins personnelles ou dans un cercle de personnes étroitement liées, tel que des parents ou des amis;
b) De toute utilisation d'œuvres par un maître et ses élèves à des fins pédagogiques;
c) De la reproduction d'exemplaires d'œuvres au sein des entreprises, administrations publiques, institution, commissions et organismes analogues, à des fins d'information interne ou de documentation.

La reproduction d'exemplaires d'une œuvre peut être confiée à des tiers, notamment des bibliothèques[28].

La loi ne prévoit aucune restriction en matière d'utilisation pour le cercle des utilisateurs mentionnés à la lettre a) ci-dessus. Il en va différemment des utilisations faites à des fins pédagogiques et à des fins d'information interne et de documentation [let. b) et c)]. Dans ce cas, des restrictions sont énumérées à l'art. 19 al. 3 LDA; en particulier ne sont pas autorisés[29]:

a) La reproduction de la totalité ou de l'essentiel des exemplaires d'œuvres disponibles sur le marché; en d'autres termes, seuls des extraits d'œuvres[30] peuvent être (photo)copiés à des fins pédagogiques ou de documentation interne;
a) La reproduction d'œuvres des beaux-arts;
c) La reproduction de partitions d'œuvres musicales;
d) L'enregistrement des interprétations, représentations ou exécution d'une œuvre sur des supports de données.

Enfin, les logiciels, qui peuvent posséder les caractéristiques d'une œuvre, sont soumis à des règles particulières[31].

Si l'usage envisagé se situe en dehors des hypothèses décrites ci-dessus, par exemple la projection payante d'un film sur une plage par une belle soirée d'été, il ne s'agit plus d'un usage personnel et, en conséquence, les modalités de son utilisation doivent, une fois de plus, être discutées directement avec son auteur.

Lorsqu'un livre est recensé dans le catalogue d'une bibliothèque, on est en présence d'une œuvre divulgée.

4e question: l'usage est-il strictement personnel ou au sein d'un cercle restreint tel que parents ou amis?

L'utilisation d'une œuvre au sein du cercle restreint des parents et des amis ne donne droit à aucune rémunération à verser aux auteurs[32]. En revanche, lorsqu'une œuvre est utilisée, par exemple copiée, à des fins pédagogiques ou encore d'information interne ou de documentation, une rémunération est à verser à l'auteur de l'œuvre[33].

Dans la suite de cette contribution, nous allons décrire les différents systèmes de rémunération des auteurs, en particulier les simplifications mises en place par le législateur pour éviter à l'utilisateur de devoir en négocier le montant avec l'auteur.

Rémunération des auteurs

On peut distinguer la rémunération comprise dans le prix du support de celle fondée sur l'utilisation effective des œuvres. Dans les deux cas, des tarifs communs fixent le montant de la rémunération. Lorsqu'aucun tarif commun n'est applicable, la rémunération est à négocier directement avec les auteurs ou leurs représentants.

Lic. iur. Danielle Kaufmann ist für den Rechtsdienst der Universitätsbibliothek Basel verantwortlich. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Konferenz der Universitätsbibliotheken der Schweiz (KUB) und amtet als Präsidentin der Arbeitsgruppe Urheber- und Datenschutzrecht des BIS.

Rémunération forfaitaire comprise dans le prix du support

Les producteurs et importateurs de supports électroniques vierges sont tenus de verser une rémunération à l'auteur pour l'utilisation future supposée des œuvres[34]. Afin de simplifier la perception des redevances pour les différents supports électroniques, des tarifs communs[35] ont été convenus qui simplifient la perception.

---

28 Art. 19 al. 2 LDA

29 En vertu de l'art. 19 al. 3bis LDA, les reproductions confectionnées lors de la consultation à la demande d'œuvres mises à disposition licitement ne sont soumises ni aux restrictions prévues par le présent article, ni aux droits à rémunération de l'art. 20 LDA.

30 Cf. aussi l'art. 25 prévoyant que les citations tirées d'œuvres divulguées sont licites dans la mesure où elles servent de commentaire, de référence ou de démonstration et pour autant que leur emploi en justifie l'étendue (al. 1). La citation doit être indiquée; la source et, pour autant qu'il y soit désigné, l'auteur, doivent être mentionnés (al. 2).

31 Cf. art. 19 al. 4 LDA ainsi que, en particulier, l'art. 21 LDA concernant le décryptage de logiciels.

32 Art. 20 al. 1 LDA

33 Art. 20 al. 2 LDA

34 Cf. art. 20 al. 3 LDA

35 Tarif commun 4: Tarif sur les supports vierges; tarif commun 4d: Redevance sur les supports de mémoire numériques type micropuces ou disques durs pour appareils enregistreurs audio et vidéo.

Dr. iur. Jacques Bühler ist stellvertretender Generalsekretär am Bundesgericht Lausanne/ Luzern. Er ist Mitglied Arbeitsgruppe Urheber- und Datenschutzrecht des BIS.

Rémunération de l'utilisation effective, fondée sur les tarifs communs

L'utilisation effective d'œuvres protégées hors du cercle strictement personnel est soumise à rémunération. En ce qui concerne les bibliothèques et les archives, des tarifs communs fixant le montant de la rémunération due sont applicables, notamment pour ce qui concerne le prêt d'œuvres à titre onéreux ainsi que la reproduction d'œuvres sur support papier et électronique.

Nous allons décrire brièvement ces différents tarifs communs (TC) ci-après qui arriveront à échéance à fin 2016 (TC 8 et 9) et fin 2017 (TC 6).

Tarif commun 8/II (TC 8/II): reprographie dans les bibliothèques

Ce tarif s'applique notamment aux bibliothèques suivantes: bibliothèques générales, cantonales, communales, municipales, populaires, universitaires, des écoles polytechniques, etc. Il prévoit trois types de redevances qui doivent être versées à la Société de gestion ProLitteris:

- Les redevances pour les photocopies réalisées pour l'usage privé de la bibliothèque sont fixées en fonction du nombre d'employés de la bibliothèque[36]: elles vont de CHF 30.– pour une bibliothèque comptant de deux à neuf employés à CHF 500.– pour une bibliothèque possédant entre 100 et 199 employés. Au-delà, la redevance est calculée en fonction du nombre total de copies effectuées.
- Le deuxième type de redevance est perçu pour la reproduction d'exemplaires d'œuvres effectuées par ou pour des tiers au moyen des appareils de la bibliothèque (ch. 6.4 TC 8/II). Ces redevances se calculent à partir du total des recettes annuelles générées par ces reproductions multiplié par 3,5 centimes.
- Enfin, une redevance est due pour les revues de presse sur papier (compilation d'articles de journaux et/ou de périodiques) pour autant que cette revue de presse paraisse au moins quatre fois par année et soit diffusée au minimum à cing exemplaires. Le chiffre 6.5.4 TC 8/II renseigne sur le calcul de la redevance due.

Tarif commun 9/II (TC 9/II): copies électroniques dans les bibliothèques

Le tarif commun 9 règle le prélèvement de redevances pour l'utilisation d'œuvres et de prestations protégées sous forme électronique à des fins privées, par l'intermédiaire de réseaux numériques internes au sein des bibliothèques. Le TC 9/II règle notamment les types suivants de redevances à verser à ProLitteris:

- Une redevance est due pour la reproduction (=mémorisation/enregistrement) d'œuvres et de prestations protégées à des fins d'information interne ou de documentation par l'intermédiaire de réseaux numériques internes[37]. Elle est calculée en fonction du nombre d'employés et se monte à CH 15.– pour une bibliothèque possédant entre 2 et 9 employés et CHF 250.– pour une bibliothèque employant entre 100 et 199 personnes.
- Ensuite, une redevance est également perçue pour les revues de presse électroniques. Pour tenir compte de situations initiales très variées d'une institution à l'autre, un système de tarification relativement compliqué a été introduit[38].
- Enfin, une redevance est due séparément pour les copies électroniques effectuées pour des tiers[39].

Tarif commun 6 (TC 6): location d'exemplaires d'œuvres dans les bibliothèques

Seules les bibliothèques qui prélève un montant par acte de location et n'ont par conséquent pas recours au système de la cotisation annuelle ou de taxes administratives périodiques sont concernées par ce tarif. Pour les supports sonores et audiovisuels, la redevance se monte à 9% du montant de la location payé par l'utilisateur pour les droits d'auteur et à 3 % pour les droits voisins. Pour les livres, la redevance due est de 9% de la location payée par le lecteur.

Was regelt das Gesetz aus Archiv- und Bibliothekssicht unzureichend, oder was fehlt gar ganz?

Das URG hinkt, auch wenn es sowohl für gedruckte wie für digitale Werke Geltung hat, dem technologischen Wandel weit hinterher. Ungeklärt ist die Frage, wie die Bibliotheken ihren Erwerbungs- und Vermittlungsauftrag bezüglich elektronischer Medien, insbesondere E-Books, erfüllen können. Und für wissenschaftliche Bibliotheken fehlt zudem, im Zusammenhang mit ihren Open-Access-Strategien, ein zwingendes Zweitveröffentlichungsrecht, das ihnen erlauben würde, ihre (universitären) Repositorien umfassend und aktuell auf- und auszubauen. Das digitale Zeitalter fordert die Bibliotheken und Archive aber auch in Bezug auf die Nutzung ihrer gedruckten Bestände heraus. Wie in den umliegenden Ländern sollen die Bibliotheken ihre wertvollen Bestände an historischen, vergriffenen oder verwaisten Werken der Gesellschaft auch in der Schweiz auf digitalem Weg zugänglich machen können. Dies ist nach geltendem Recht nicht oder nur mit grosser Rechtsunsicherheit und mit noch grösserem Aufwand möglich.

Grosse Verunsicherung hat im letzten Jahr der Rechtsstreit gegen die ETH-Bibliothek bei den Bibliotheken hervorgerufen. Auch wenn die Sache für die Bibliotheken erfreulich ausgegangen ist, bleiben gewisse Unklarheiten bezüglich dessen, was im Rahmen des Document Delivery erlaubt ist und was nicht. Und zu guter Letzt steht neues oder immer wiederkehrendes Ungemach vonseiten der Autoren und Autorinnen an, die mit grosser Vehemenz eine Bibliothekstantieme für das Ausleihen von Büchern fordern.

Contact: Jacques.Buehler@bger.ch
Kontakt: Danielle.Kaufmann@unibas.ch

36 Ch. 6.3 TC 8/II
37 Cf. ch. 2.3, 6.1.1 et 6.2 TC 9/II
38 Cf. ch. 6.3 TC 9/II
39 Cf. ch. 6.4 TC 9/II

Zwischen Internetpiraterie und Verzeichnisprivileg für die Bibliotheken: wie weiter nach Agur12?

Nicole Emmenegger, Arbeitsgruppe Urheberrecht Agur12

Agur12: Rund eineinhalb Jahre haben Rechteinhaber und Nutzer in der Arbeitsgruppe zum Urheberrecht um die Modernisierung des Urheberrechts gerungen. Verabschiedet wurde schliesslich keine grundlegende Reform, sondern ein Minikompromiss mit einigen bedeutenden Massnahmen. Versandet er, oder findet er den Weg ins geltende Recht?

Nicht mehr zeitgemäss sei das Urheberrecht. Ein veraltetes Recht aus vergangenen Tagen, das den Bedürfnissen der modernen Informationsgesellschaft nicht gerecht werde, war zu hören. Es müsse zwingend an die technische Entwicklung angepasst und entsprechend modernisiert werden, hiess es weiter. Es wurde moniert, dass die Internetpiraterie bekämpft werden müsse, aber die Mittel des geltenden Rechts dazu nicht ausreichten. In dieser Situation rief Bundesrätin Sommaruga im Sommer 2012 die Arbeitsgruppe zum Urheberrecht Agur12 ins Leben.[1] Sie holte Vertreter aller Urheberrechts-Interessengruppen an den Tisch, so dass gegensätzlichste Forderungen aufeinanderprallten.

Urheberrecht ist mehr als nur Unterhaltung à la Hollywood

Die Seite der Urheberrechtsnutzer – wozu die Wirtschaft, Bildung, Forschung, Konsumenten sowie natürlich die Archive und Bibliotheken zählen – machte sich gerade im Bereich der Wissenschaft für den freien Informationsfluss stark und wehrte sich gegen Sperren, welche den Zugang zum Fundus von Bildung, Forschung und Kultur erschweren. Als Beispiel dieser negativen Entwicklung diente die massive Preisentwicklung bei den wissenschaftlichen Verlagen zulasten der Bibliotheken.

Allerdings gelang es primär den Produzentenvertretern von Anfang an, den Schwerpunkt auf die Internetpiraterie zu legen. Die Rede war vom Filmen, die illegal auf Tauschbörsen angeboten werden, oder von unerlaubterweise verbreiteter Musik, welche zu Vergütungsausfällen führten. Aber solche Ausfälle lassen sich kaum belegen. Vieles drehte sich um das Entertainment-Business, den Anliegen der Nutzer in Lehre und Forschung, der Schulen und Bibliotheken Gehör zu verschaffen, erwies sich als schwierig. Die Interessen waren kontrovers, und eine Einigung schien zu Beginn wenig wahrscheinlich.

Agur12 ringt sich zu einem Minikompromiss durch

Nach rund eineinhalb Jahren zähen Verhandlungen gelang es der Agur12, ein Massnahmenbündel mit mehreren Empfehlungen zu verabschieden.[2] Dies überrascht in Anbetracht der divergierenden Interessen, ist aber auch aus Nutzersicht grundsätzlich zu begrüssen. Allerdings bleiben die meisten Massnahmen wenig konkret, viele Vorschläge werden allgemein gehalten, und der Kompromiss steht auf wackligen Beinen.

Schritt ins digitale Zeitalter für die Bibliotheken

Insbesondere zu begrüssen ist der einzige bereits im Wortlaut formulierte Vorschlag für eine Gesetzesrevision – das Verzeichnisprivileg zu Gunsten der Bibliotheken und anderer Gedächtnisinstitutionen: Ihnen soll erlaubt werden, ihre Onlinekataloge mit Buchumschlägen, Bildern oder Inhaltsverzeichnisse anzureichern, sodass sie ihre Verzeichnisse überhaupt zugänglich machen und der Öffentlichkeit vermitteln können. Im digitalen Zeitalter ist dies ein absolut notwendiger und zwingender – aber auch längst fälliger – Schritt. Das Verzeichnisprivileg blieb als einzige Forderung in der Agur12 unbestritten und wurde ohne Gegenstimme angenommen. Dies zeigt deutlich die Wertschätzung, die den Gedächtnisinstitutionen für die Bewahrung und Vermittlung des kulturellen Erbes der Schweiz entgegengebracht wird.

Immer wieder die Forderung nach der Bibliothekstantieme

Aber auch eine uralte Forderung wurde wiederholt: Vertreter der Rechteinhaber verlangten die Einführung der Bibliothekstantieme und damit eine gesetzliche Abgabe auf die Leihe von elektronischen und gedruckten Werken. Damit entstünde jedoch eine zusätzliche Abgabe zulasten der Bibliotheken, welche die ohnehin schon strapazier-

Nicole Emmenegger ist Partnerin in der Advokatur Markwalder Emmenegger (www.mepartners.ch). Sie lebt mit ihrer Familie in Bern, wo sie auch arbeitet. Sie ist vornehmlich auf dem Gebiet des Urheberrechts tätig und ist vom Bundesrat gewähltes Mitglied der Eidgenössischen Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten (ESchK). Ausserdem ist sie seit dem 1. März 2014 mit der Geschäftsführung des Dachverbandes der Urheber- und Nachbarrechtsnutzer (DUN) mandatiert. Der DUN setzt sich als einzige Organisation schweizweit ausschliesslich für die Rechte der Nutzer und Nutzerinnen ein und vertritt deren Anliegen gegenüber dem Gesetzgeber, der Öffentlichkeit und den Verwertungsgesellschaften. Dem DUN gehören beispielsweise der Bibliotheksverband, die Nationalbibliothek sowie der Archivarenverband an. Weiter sind private und öffentliche Bildungs- und Forschungsinstitute, Unternehmen sowie namhafte Wirtschaftsverbände DUN-Mitglieder. Nicole Emmenegger war Mitglied der von Bundesrätin Sommaruga gegründeten Arbeitsgruppe zum Urheberrecht Agur12.

1 Mandat der Agur12: https://www.ige.ch/fileadmin/user_upload/Urheberrecht/d/agur12_mandat.pdf

2 Schlussbericht: https://www.ige.ch/fileadmin/user_upload/Urheberrecht/d/Schlussbericht_der_AGUR12_vom_28_11_2013_DE.pdf

ten Budgets über die Massen belasten und den Auftrag, den die Bibliotheken im Interesse der Öffentlichkeit erfüllen, erschweren würde.

Nicht zu vergessen ist, dass der Beitrag der Bibliotheken zugunsten der Schriftsteller auf einer ganz anderen Ebene erfolgt: Die Bibliotheken erwerben die Werke insbesondere der Schweizer Autoren und Autorinnen umfassend, bringen sie zu den Lesern und sichern die dauerhafte Archivierung dieser Werke. Innerhalb der Agur12 scheiterte die Bibliothekstantieme schliesslich an verschiedenen Widerständen, sodass sie keinen Eingang ins Massnahmenpaket fand.

Der Internetkriminalität den Kampf angesagt

Ein Grossteil des weiteren Kompromisses dreht sich um die Internetkriminalität. Allerdings bleiben die dazu vorgeschlagenen Massnahmen allgemein. Grundsätzlich sollen die Internet-Service-Provider vermehrt in die Pflicht genommen werden, um die Urheberrechte im Internet besser durchsetzen zu können, so der Tenor. Hierzu waren die Bedenken gross: Denn die Internet-Service-Provider betreiben weder illegale Tauschbörsen, noch laden sie Filme oder Musik hoch. Sie haben grundsätzlich nichts mit dem Inhalt zu tun, sondern vermitteln lediglich den Zugang zum Internet. Ihre Aufgabe ist die Sicherstellung der Funktionsweise des Internets als wichtige Infrastruktur der Kommunikationsgesellschaft.

Die Agur12 schlägt vor, dass Hosting-Provider auf Anzeige hin unerlaubt hochgeladene Inhalte entfernen und dafür sorgen, dass diese Inhalte nicht wieder hochgeladen werden.[3] Access-Provider in der Schweiz sollen in schwerwiegenden Fällen den Zugang zu Webportalen mit offensichtlich illegalen Quellen über IP- und DNS-Blocking sperren, wobei sei für diesen Aufwand zu entschädigen sind.

Schliesslich soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Access-Provider auf Hinweis der Rechteinhaber oder einer zuständigen Behörde den Inhabern von Internetanschlüssen, über welche Tauschbörsen (sogenannte P2P-Netzwerke) genutzt werden, einen «aufklärenden Hinweis» zustellen – auch dies nur bei schwerwiegenden Urheberrechtsverletzungen. Zugunsten der Provider sind im Gegenzug Haftungsbefreiungen und klare Verantwortlichkeitsbestimmungen zu erlassen.

Hier blieb vieles offen, und viele Begriffe wurden nicht konkretisiert: Wann sind Urheberrechte schwerwiegend verletzt? Unter welchen Umständen sind die Quellen offensichtlich illegal?

Wird das Verzeichnisprivileg geltendes Recht?

Die Publikation des Berichts im Dezember 2013[4] hat hohe Wellen geschlagen und gab viel zu reden. Seither ist es ruhig geworden. Am 6. Juni 2014 liess der Bundesrat per Medienmitteilung ankündigen, er wolle das Urheberrecht nun modernisieren.[5] Mit gezielten Massnahmen sollen die Rechte an die Realität des Internets angepasst werden, hiess es. Den Bericht der Agur12 bezeichnete er als wertvolle Grundlage und teilte mit, dass der Vorentwurf bis Ende 2015 erstellt werde.

Das Verzeichnisprivileg zugunsten der Bibliotheken und Gedächtnisinstitutionen scheint dabei die besten Karten dafür zu haben, tatsächlich Eingang ins Gesetz zu finden. Allerdings ist die Bibliothekstantieme noch nicht definitiv vom Tisch. Der Bundesrat will sie entgegen der Empfehlung der Agur12 noch einmal prüfen.[6]

Mit Spannung wird die Antwort auf die Frage erwartet, wie denn nun die Internetkriminalität bekämpft werden sollte. Gemäss heutigem Recht verbieten der Datenschutz, die Informations- und Medienfreiheit sowie das Fernmeldegeheimnis den Providern, von sich aus Internetseiten zu sperren oder Warnhinweise zu versenden. Die Einführung solcher neuen Pflichten müsste also zwingend gesetzlich geregelt werden. Aufgrund der Tangierung von Grundrechten bedarf eine solche Regelung vorgängig einer sorgfältigen und vertieften Prüfung der Verhältnismässigkeit. Es gilt dabei auch zu berücksichtigen, dass generelle Überwachungen und Zensuren in niemandes Interesse liegen.

Von jeher ist das Urheberrecht angewiesen auf ein ausbalanciertes Verhältnis zwischen Rechtspositionen der Rechteinhaber einerseits und jener der Nutzer beziehungsweise Konsumenten andererseits. In den letzten Jahren geriet dieses Verhältnis in Schräglage, dies gilt es nun wieder auszugleichen. Die Schranken des Urheberrechts im digitalen Zeitalter zugunsten der Bibliotheken und anderer Nutzer sind entsprechend zu stärken, sodass ein modernes Urheberrecht den Anliegen und Bedürfnissen der heutigen Zeit gerecht wird.

Kontakt: nicole.emmenegger@mepartners.ch

ABSTRACT

Entre piratage et inventaires enrichis – quelle suite à Agur12?

En décembre 2013, le groupe de travail sur le droit d'auteur (Agur12) avait publié son rapport, le produit d'intenses discussions portant sur les nombreuses critiques formulées à l'encontre du droit d'auteur à l'ère du numérique. Des représentants de toutes les parties prenantes y avaient participé. Le résultat n'était pas une réforme, mais un compromis maigre, néanmoins avec certaines mesures importantes. Or où en est-on aujourd'hui, moment où le rapport d'Agur12 pourrait servir de base pour la modernisation de la Loi fédérale sur le droit d'auteur et les droits voisins?

---

3 Take down und stay down

4 https://www.ige.ch/fileadmin/user_upload/Urheberrecht/d/Schlussbericht_der_AGUR12_vom_28_11_2013_DE.pdf

5 https://www.news.admin.ch/dokumentation/00002/00015/index.html?lang=de&msg-id=53259

6 Antwort BR Sommaruga auf die Frage von Nationalrat Karl Vogler «Die Schweiz ohne Verleihrecht» vom 22. September 2014, http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4915/446750/d_n_4915_446750_446849.htm

E-Books in Bibliotheken

Klaus Egli, GGG Stadtbibliothek Basel
Andrea Hofer, Universitätsbibliothek Basel

Vom neuesten Buch des Bestsellerautors Martin Suter kauft jede öffentliche Bibliothek mindestens ein Exemplar und überdies das Hörbuch. Doch das E-Book des Bestsellers darf sie nicht kaufen. Dass Bibliotheken die im freien Markt angebotenen Publikationen nicht erwerben und zur Ausleihe bereitstellen können, ist eine neue, sehr unerfreuliche Entwicklung. Der folgende Artikel beschreibt, wie öffentliche Bibliotheken mit dem kargen Angebot von Monopolisten leben müssen, während Universitätsbibliotheken sich mit vielfältigen, komplexen und sehr aufwendigen E-Book-Lösungen zurechtfinden müssen.

Das Problem mit den E-Books und E-Medien im Allgemeinen beginnt damit, dass man sie nicht wirklich kaufen kann. Wer ein E-Book erwirbt, wird nicht Eigentümer, sondern erhält nur eine Lizenz zur Nutzung. Wie diese Nutzung aussieht, bestimmt der Lizenzgeber – in der Regel der Verlag. Theoretisch können Bibliotheken Lizenzen für alle E-Books erwerben, die auf dem Markt angeboten werden. Wenn aber der Lizenzvertrag keine Ausleihe erlaubt, ist der Erwerb für Bibliotheken sinnlos. Viele E-Books sind denn auch nicht ausleihbar, weil die Verlage befürchten, das gleiche Schicksal zu erleiden wie die Musikindustrie, deren Produkte grenzenlos kopiert werden.

Dabei gibt es beispielsweise für das Download-Verfahren die seit Jahren bestens bewährte Technologie des Digital-Rights-Managements (DRM). Diese Technologie sorgt dafür, dass E-Books einer Bibliothek nicht beliebig kopierbar sind und nur während eines klar definierten Zeitraums gelesen werden können. Das Misstrauen der Verlagsbranche führt dazu, dass öffentliche Bibliotheken mit dem kargen Angebot von Monopolisten leben und wissenschaftliche Bibliotheken einen hohen Aufwand treiben müssen, um ihrer Kundschaft die gewünschten Medien anzubieten.

Die heutige unbefriedigende Situation wird im Folgenden für die öffentlichen Bibliotheken am Beispiel der Stadtbibliothek Basel und für wissenschaftlichen am Beispiel der Universitätsbibliothek Basel beschrieben.

E-Books in der Stadtbibliothek Basel

Öffentliche Bibliotheken können nicht einfach E-Book-Lizenzen kaufen und sie in ihrem Onlinekatalog anbieten. Dazu müssten sie über anspruchsvolle technische Voraussetzungen verfügen, die sicherstellen, dass das DRM der E-Books beim Download einwandfrei funktioniert und so das unerlaubte Kopieren verhindert. Zudem müssten die Bibliotheken mit jedem einzelnen Verlag über die Nutzungsrechte der E-Books verhandeln. Diese Aufgabe übernimmt für die öffentlichen Bibliotheken ein sogenannter Aggregator, der Lizenzen bei Verlagen einkauft und unter Einhaltung des DRM auf einer elektronischen Ausleihplattform zur Verfügung stellt.

Die beiden wichtigsten Aggregatoren im deutschsprachigen Raum sind Divibib und Ciando. Divibib ist mit aktuell über 2000 angeschlossenen Bibliotheken der weitaus grösste Anbieter – er nimmt fast schon eine Monopolstellung ein. Eine Bibliothek schliesst sich entweder alleine oder in einem Verbund mit anderen der vom Aggregator angebotene Ausleihplattform an.

Die Stadtbibliothek Basel schloss sich im Herbst 2013 zusammen mit den Stadtbibliotheken Aarau, Winterthur, Zürich und Zofingen als Städteverbund «Bibnetz Onleihe Schweiz» der Plattform Divibib an. Divibib bietet den öffentlichen Bibliotheken zwar sehr viele E-Lizenzen an. Aber oft sind es ältere Titel. Grosse Verlage fehlen, was dazu führt, dass von der aktuellen Print-Bestsellerliste vielleicht 40 Prozent als E-Books für Bibliotheken käuflich sind. Dieser Umstand führt dazu, dass das Medienangebot aller Onleihe-Verbünde sehr unterhaltungslastig, aber dennoch nicht komplett ist. Die Kundschaft versteht zum Beispiel nicht, warum die Bibliothek den überall erhältlichen neuen Martin Suter nicht im Angebot hat. Das führt dazu, dass E-Books für öffentliche Bibliotheken ein Nebengeschäft bleiben. Den Verlagen entgehen somit viele Absatzmöglichkeiten.

Überträgt man diese Situation auf die analoge Welt, so müssten alle öffentlichen Bibliotheken im deutschsprachigen Raum ihre Bücher lediglich in zwei Buchhandlungen einkaufen können. Dabei wäre eine der beiden Buchhandlungen grösser als die andere. Sie würden den Bibliotheken auch nicht alle Bücher liefern, die andere kaufen können, und sie würden noch vorschreiben, wie sie ausgeliehen werden dürfen. In der analogen Welt würde in einer solchen Situation wohl die Kartellbehörde aktiv.

I+D-Spezialistin Andrea Hofer arbeitet an der Universitätsbibliothek Basel in der Erwerbung E-Media, wo sie zuständig ist für E-Books und Datenbanken. Sie ist Mitglied der BIS-Expertenkommission Weiterbildung.

Lic. phil. I Klaus Egli ist Direktor der GGG Stadtbibliothek Basel. Er ist Präsident der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken (SAB/CLP) wie auch Mitglied im Vorstand des BIS.

FORDERUNG DER SCHWEIZER BIBLIOTHEKEN – DIE POSITION DES BIS

E-Medien

Die Bibliotheken fordern die rechtliche Gleichstellung von E-Medien und Printprodukten. Alle im freien Markt angebotenen E-Medien sollen von den Bibliotheken lizenziert werden können. Minimal muss mindestens pro Lizenz eine Download-Option mit DRM möglich sein, und die einzelne Lizenz darf nicht ausschliesslich an Gesamtangebotspakete gebunden sein.

Die Bibliotheken wehren sich dagegen, auf E-Books weitere Urhebergebühren (Tantiemen) zu bezahlen. Mit den Lizenzgebühren sind die Urheberansprüche der Autoren bereits abgegolten. Die Autoren müssen ihre Ansprüche mit den Verlagen klären.

REVENDICATIONS DES BIBLIOTHÈQUES SUISSES – PRISE DE POSITION DE LA BIS

Las e-médias

Les bibliothèques demandent que les e-médias et les documents imprimés aient le même statut juridique en termes de droit d'auteur. Tous les produits disponibles sur le marché devraient pouvoir être acquis sous licence par les bibliothèques. Pour chaque licence, il faudrait pouvoir disposer d'au moins une possibilité de déchargement avec DRM, de plus la licence pour une publication ne devrait pas être liée exclusivement à des offres par paquets.

Les bibliothèques se refusent à payer des droits d'auteur supplémentaires sur les e-books (tantièmes). Les prétentions au titre de droit d'auteur sont déjà couvertes par les montants des licences. Les auteurs et les éditeurs doivent clarifier entre eux les modalités des droits d'auteurs.

E-Books an der Universitätsbibliothek Basel

Im Unterschied zur Stadtbibliothek Basel werden die E-Books nicht «ausgeliehen», sondern stehen zum Online-Lesen im Netzwerk der Universität Basel zur Verfügung.

Erwerbung

Um ein E-Book zu erwerben, muss zunächst abgeklärt werden, ob es überhaupt als institutionelle E-Book-Lizenz erhältlich ist. Diese muss es der Universitätsbibliothek erlauben, den Angehörigen der Universität (Mitarbeitenden, Studierenden etc.) und den Walk-in-Usern das E-Book zur Verfügung zu stellen. Der Zugang muss über eine Kontrolle der IP-Adresse erfolgen. Häufig erweist es sich schon als sehr problematisch herauszufinden, ob ein als Print geplantes Buch auch als institutionelle E-Book-Lizenz erhältlich ist. Man ist gut beraten, die Abklärungen an die Lieferanten weiterzugeben, wenn die Recherche aufwendig auszufallen droht.

Selbst die Verlage können über die Erscheinungstermine ihrer E-Books häufig nicht zuverlässig Auskunft geben. Es kann vorkommen, dass die Onlineversion – wenn überhaupt – erst viel später erscheint als die Printversion.

Der E-Book-Markt

Die grosse Auswahl an Verlagen und Aggregatoren – hier ganz anders als bei den öffentlichen Bibliotheken – macht es nicht einfach, einen Überblick über deren verschiedene Vertriebsmodelle zu gewinnen, denn die Anbieter sind diesbezüglich sehr erfinderisch. Manche bieten ihre E-Books nur als Fach- oder Jahrespakete an (Pick & Choose ist nicht möglich), andere legen Mindesterstbestellmengen oder eine Mindestbestellsumme pro Bestellung fest.

Solche Hürden können den Erwerb eines E-Books verhindern, obwohl der Titel eigentlich als E-Book angeboten wird. Die Preisgestaltung ist so heterogen wie die Vertriebsmodelle. Als Berechnungsgrundlage dienen zum Beispiel die Grösse der Institution oder die Anzahl gleichzeitiger Nutzer. Beim sogenannten «Kauf» (einmalige Kosten) – obwohl rechtlich nur eine Lizenzierung – erwirbt man den fortwährenden Zugang (perpetual access) zum E-Book, während bei einer «Lizenz» (wiederkehrende Kosten) der Zugriff meist wegfällt, wenn man die Lizenz nicht erneuert.

Benutzung

Das Hosting der E-Books erfolgt auf den Plattformen der Anbieter. Verlage betreiben eigene Plattformen oder vertreiben ihre E-Books über Aggregatorenplattformen (z.B. ebrary, E-Book Library, Dawsonera, Ciando), und manche Verlage tun beides.

Der Benutzer wird über Links im Katalog zu den externen Inhalten geführt und landet auf der Plattform des Anbieters, bei dem die Bibliothek das E-Book erworben hat. Das heisst, er muss sich auf verschiedensten Plattformen mit unterschiedlichen Nutzungsbedingungen zurechtfinden.

Aus Nutzersicht wäre es natürlich wünschenswert, sämtliche E-Books auf einer einzigen Plattform im Volltext

ABSTRACT

Les e-books dans les bibliothèques

Le marché des e-books ne fonctionne pas de la même manière que le marché des livres imprimés. Les e-médias ne peuvent pas être achetés, on n'acquiert qu'une licence qui donne droit à l'utilisation, soit à la lecture. Or les maisons d'édition craignent que leurs produits soient copiés et distribués sans contrôle, raison pour laquelle beaucoup de ces licences ne permettent pas le prêt; pour une bibliothèque, l'achat d'une telle licence est vain. Afin de limiter le nombre de copies digitales, on a recours à la technologie du digital rights management (DRM). Mais faute de possibilités techniques, les bibliothèques publiques ne peuvent pas acquérir elles-mêmes les licences et mettre ainsi à disposition les e-books dans leur catalogue, mais elles doivent recourir aux services d'agrégateurs, qui eux acquièrent des licences et mettent en œuvre des solutions logicielles d'accès et de prêt numérique. Or le choix proposé par ces agrégateurs est restreint, et il est incompréhensible pour les clients de savoir pourquoi leur bibliothèque ne propose pas tel et tel e-book – surtout s'il peut être acheté ailleurs.

La situation se présente de façon différente pour les bibliothèques universitaires. Elles doivent clarifier chez une multitude de maisons d'édition et d'agrégateurs si une publication sera publiée en tant qu'e-book, quand cela sera le cas, comment elle peut être acquise et sous quelles conditions elle peut être mise à disposition. La multitude et l'hétérogénéité des offres, des moyens d'accès et des conditions d'utilisation engendrent un effort immense pour les bibliothèques et n'est pas du tout ergonomique pour les clients.

durchsuchen und ohne Einschränkungen nutzen zu können. Leider gibt es diese eine Plattform nicht, es sei denn, man beschränke sich bei der Literaturauswahl ausschliesslich auf einen Verlag oder Aggregator. Doch selbst Aggregatoren decken nicht alle Verlage ab. Da für die verlagseigenen Plattformen meist nutzerfreundlichere Bedingungen (bezüglich Drucken, Kopieren, Download, unlimitierten Zugang) zum ungefähr gleichen Preis gelten, zieht die UB Basel diese den Aggregatorenplattformen vor.

Kontakt: kegli@stadtbibliothekbasel.ch
Kontakt: andrea.hofer@unibas.ch

Glossar: Onleihe und online

Bei der Onleihe ist ein Download über Adobe Digital Editions erforderlich. Für solche Dokumente besteht in der Regel ein DRM mit Adobe Digital Editions. Die Anzahl gleichzeitiger User und die zur Verfügung stehende Zeit für die Nutzung sind in der Lizenz geregelt. Beim Lesen online dagegen sind die E-Books im Netzwerk der Universität einsehbar. Je nach Lizenz können eine Person (single user), mehrere Personen (z.B. 3 user) oder alle simultan (multiuser) zugreifen. Erlaubt der Anbieter den Download, kann das Dokument (ganz, kapitel- oder seitenweise) als PDF und ohne DRM heruntergeladen werden.

Glossar: Onleihe-Lizenztypen

M-Lizenz – Der Standard: Ein Exemplar wird an jeweils einen Kunden verliehen. Erst nach Ablauf der Leihfrist ist das Medium wieder verfügbar.

L-Lizenz – Unbeschränkter Download für Titel, die mindestens zwei Jahre alt sind.

XL-Lizenzen – Gleichzeitiger Mehrfachdownload für aktuelle Titel mit definierter Anzahl Downloads zu einem Kompaktpreis. Ist die festgelegte Anzahl an Ausleihen «aufgebraucht», bleibt das Medium automatisch in zwei klassischen M-Lizenzen erhalten.

Numérisation dans les bibliothèques et archives: difficultés et solutions possibles

Liliane Regamey, section Utilisation
Bibliothèque nationale suisse

Numériser et mettre en ligne les collections afin de leur donner les meilleures chances d'être découvertes et d'offrir au public un accès confortable à l'information est devenu une des activités importante des institutions patrimoniales en Suisse et dans le monde. Pour réaliser ce dessein, elles se doivent de trouver des solutions aux différents problèmes juridiques qu'elles rencontrent.

1 La situation

Le public des bibliothèques patrimoniales, des archives ou des centres de documentation ne se contente plus d'avoir accès aux métadonnées des collections et de devoir se déplacer pour consulter les résultats d'une recherche: il souhaite disposer des documents trouvés en tout temps et en tout lieu. Pour aller à sa rencontre, ces institutions ont donc entrepris de numériser leurs fonds et de les proposer sur l'internet. Ce faisant, elles sont confrontées à un certain nombre de questions juridiques qu'elles doivent tenter de résoudre afin de pouvoir remplir au mieux leur mission de mise à disposition du patrimoine.

La presse, ou en général les publications périodiques, est un bon exemple pour présenter les problèmes juridiques liés à un projet de numérisation et les solutions qu'il est possible d'y apporter:

- les questions de droit d'auteur, de droit de la personnalité – en particulier le droit à l'oubli – ou de droit de la propriété se posent de la même façon pour d'autres types de publication et peuvent être résolues (ou non) de la même manière;
- la presse est très demandée par le public, donc toutes les institutions patrimoniales peuvent se trouver amenées à vouloir mettre en ligne un journal ou une revue;
- les journaux sont la plupart du temps imprimés sur un papier de mauvaise qualité qui se dégrade fortement avec le temps; les bibliothèques et archives le savent bien puisqu'elles ont mis sur pied depuis des années des programmes de microfilmage qui permettent de sauver les contenus de ces documents. Les numériser est un pas de plus pour leur sauvegarde, qui permet de mettre à disposition du public un produit de substitution confortable à consulter d'une part, et d'autre part de prendre en compte la couleur, qui devient de plus en plus importante dès les années 80, ce que ne peut faire le microfilm.

Liliane Regamey, licenciée en histoire et diplômée en bibliothéconomie, est responsable de la section Utilisation (numérisation, photo et reprographie, information au public et prêt) de la Bibliothèque nationale suisse (BN) depuis 2006. Elle accompagne les projets de numérisation de la BN, que cette dernière réalise seule ou en partenariat avec des institutions patrimoniales cantonales et des éditeurs. Elle a participé dès le début aux réflexions sur les questions juridiques qui sont liées à la mise en ligne de collections de journaux.

La numérisation de la presse a été considérée comme un thème suffisamment

important pour que la Conférence suisse des bibliothèques cantonales (CSBC) mandate un groupe chargé d'étudier les problèmes qui lui sont liés et d'y apporter des réponses. Les travaux ont été effectués dans le cadre du projet Presse suisse en ligne (PSEL)/ Schweizer Presse Online (SPOL), initié en 2012, qui a abouti en 2014 à la publication sur la plateforme Digicoord[1] des résultats suivants:

- un recensement des titres de presse à numériser, par canton,
- une étude des performances de cinq systèmes de mise en ligne de journaux,
- des normes pour les différents aspects de la numérisation d'un journal (gestion d'un projet, normes techniques, qualité, etc.),
- des informations sur les aspects juridiques liés à la numérisation de la presse,
- des informations sur le financement des projets.

2 Le droit d'auteur

La question du droit d'auteur se pose d'emblée lors de l'initialisation d'un projet de numérisation d'un titre de presse ou de revue, pour une raison simple: le public est intéressé par des publications récentes et ne numériser que des titres disparus avant le XXe siècle ne répondra que peu à ses attentes. Pour rappel, un article ou une photographie restent protégé 70 ans après la mort de leur auteur.

Trois cas de figure se présentent alors: le titre se trouve dans le domaine public, le titre est encore protégé par le droit d'auteur et l'éditeur existe, ou le titre est orphelin.

2.1 Domaine public

Numériser et mettre en ligne un titre qui se trouve dans le domaine public[2] est la situation idéale du point de vue juridique, puisqu'il n'est plus soumis à aucune restriction légale. Toutefois, comme écrit plus haut, ce titre ne présentera pas un intérêt majeur pour la grande partie du public.

Définir une date précise de l'entrée d'un journal ou d'une revue dans le domaine public est une opération pratiquement impossible: il faudrait s'assurer que chaque auteur est décédé depuis plus de 70 ans et que chaque personne représentée sur une photographie a disparu, donc que son droit à l'image est éteint. Devant l'impossibilité de faire ces contrôles, des solutions pragmatiques ont été imaginées. À titre d'exemple, Google applique en Europe une marge de 140 ans après la publication d'une œuvre pour procéder à sa numérisation.

Pour la presse, certaines institutions utilisent une marge de 70 ans. La Bibliothèque nationale suisse (BN) vérifie que l'éditeur a disparu et recommande une marge de 110 ans après la parution du dernier numéro d'une publication périodique pour entreprendre sa mise en ligne. Le risque d'enfreindre le droit d'auteur est alors proche de zéro.

2.2 Titre protégé par le droit d'auteur dont l'éditeur existe encore

Lorsqu'une institution patrimoniale choisit de numériser un titre de journal ou de revue dont l'éditeur existe encore, il lui est possible de régler la situation juridique de façon à pouvoir mettre en ligne l'ensemble des numéros de la publication, jusqu'aux plus récents.

La solution pragmatique proposée par la BN, et validée dans le cadre du projet PSEL, est de signer une convention avec l'éditeur propriétaire du titre. Celui-ci s'engage en particulier à prendre la responsabilité vis-à-vis des éventuels ayants droit et à tenter un arrangement à l'amiable au cas où la mise en ligne d'un article ou d'une photographie serait contestée par son auteur. Si aucune solution n'est trouvée, l'institution qui diffuse en ligne le journal ou la revue retirera l'œuvre de la collection.

Pour aider les institutions qui se trouvent dans la situation de devoir préparer une convention avec un éditeur, des exemples de contrat de partenariat sont proposés sur la plateforme Digicoord[3].

FORDERUNG DER SCHWEIZER BIBLIOTHEKEN – DIE POSITION DES BIS

Recht auf Vergessen

BIS verlangt, dass bei der Revision des Persönlichkeitsrechts die Interessen der Nutzenden von digitalisierten Zeitungen sowie von kompletten Sammlungen, die in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden, berücksichtigt werden. Im Hinblick auf das Recht auf Information darf es nicht sein, dass Bibliotheken von Partikularinteressen unter Druck gesetzt und verpflichtet werden können, Teile ihrer Onlinesammlungen, insbesondere ihre Pressesammlungen, der öffentlichen Zugänglichkeit zu entziehen.

Des Weiteren muss im Rahmen der Revision des Urheberrechts eine praktikable Lösung gefunden werden für die verwaisten Werke (siehe dazu die entsprechende Position des BIS).

REVENDICATIONS DES BIBLIOTHÈQUES SUISSES – PRISE DE POSITION DE LA BIS

Droit à l'oubli

BIS demande que les intérêts des usagers des journaux numérisés et l'intégrité des collections mises à leur disposition sous forme numérique soient pris en compte dans le cadre de la révision du droit de la personnalité. Au nom du droit à l'information, les bibliothèques ne doivent pas se voir contrainte à retirer des parties de leurs collections en ligne, en particulier de leurs collections de presse, sous la pression d'intérêts privés.

Une solution praticable doit en outre être trouvée pour les œuvres orphelines dans le cadre de la révision du droit d'auteur (voir la prise de position «Œuvres orphelines»).

2.3 Titre orphelin

Une œuvre orpheline est une œuvre dont l'auteur est ou était connu, mais est introuvable aujourd'hui. Dans le cas des publications périodiques, nous considérons qu'il s'agit d'un titre dont l'éditeur scientifique ou commercial n'existe plus ou n'a pas été repris par un autre éditeur.

C'est la situation la moins facile pour un projet de numérisation puisque l'institution doit évaluer le risque qu'elle prendrait à mettre en ligne un titre qui n'est pas encore dans le domaine public et pour lequel aucune convention ne peut être signée.

La recommandation que nous pouvons donner est d'évaluer très soigneusement la situation pour définir les

1 ww.digicoord.ch, menu «Presse suisse en ligne»

2 Pour plus d'informations sur la notion de «domaine public» en Suisse, voir la page de l'Institut de la propriété intellectuelle, Droit d'auteur, Questions fréquentes, Domaine public (https://www.ige.ch/fr/droit-dauteur/questions-frequentes/domaine-public.html#c25273)

3 www.digicoord.ch, menu «Presse suisse en ligne», lien «Informer sur les questions juridiques»

risques qu'elle présente et de documenter par écrit toutes les démarches entreprises pour retrouver les ayants droit sur la publication.

2.4 Anciennes éditions d'un titre vivant

Il est fréquent d'entendre dans les institutions patrimoniales que les anciennes éditions d'un journal encore vivant (ou dont les ayants droit existent et sont connus) peuvent être numérisées et mises en ligne sans autorisation de l'éditeur, comme elles le feraient d'une monographie parue au XIXe siècle par exemple. En réalité, tant que l'éditeur n'a pas disparu depuis plus de 70 ans, le droit d'auteur s'applique quelle que soit la date de parution d'une édition d'un journal ou d'une revue.

En publiant les têtes de collection sans autorisation de l'éditeur, la bibliothèque commet donc une infraction contre le droit d'auteur. De plus, elle risque de s'aliéner la possibilité de pouvoir signer un jour une convention qui lui permette de traiter le titre dans son entier. Or, un journal en ligne intéresse le public surtout lorsque qu'il est disponible du premier au dernier numéro paru (avec une barrière mobile dans certains cas).

3 Droit à l'oubli

L'intérêt du public à être informé ou celui de l'historien à pouvoir retrouver facilement des sources pour ses recherches est souvent en conflit avec l'intérêt d'une personne à voir les articles qui la concernent supprimés d'une collection en ligne. On constate ces dernières années un glissement du droit à l'oubli, qui consistait à interdire l'utilisation de données sur le passé délictueux d'une personne ou des faits peu recommandables qui la concernent, vers la volonté de contrôler (et de pouvoir interdire) la simple présence de son nom dans un moteur de recherche.

Depuis que la BN participe à la mise en ligne de titres de presse, soit depuis 2009, elle a reçu déjà quatre demandes de retrait d'articles. La sensibilité de plus en plus vive des personnes aux informations que l'on trouve sur elles sur internet laisse penser que ces demandes vont aller en augmentant.

Pour répondre aux demandes de retrait jugées acceptables, les détenteurs de collections en ligne (bibliothèques, archives, éditeurs, etc.) peuvent rendre l'accès à l'information plus difficile en désindexant les noms des personnes qui en font la demande. La recherche devient ainsi similaire à une recherche dans l'original imprimé ou dans une copie sur microfilm. Le Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence, Hans-Peter Thür, allait aussi dans ce sens lors d'une séance de questions qui a suivi sa présentation au colloque Infoclio.ch 2014, Protection des données et sciences historiques[4].

Si l'on part du principe que les collections présentées en ligne doivent garder leur intégrité, au même titre que les collections originales dont elles découlent, les institutions ne devraient pas entrer en matière sur une demande de supprimer un article ou un numéro de journal d'une collection en ligne, car cela s'apparenterait à de la censure.

4 En guise de conclusion

Le droit d'auteur et le droit de la personnalité sont à considérer dès l'initialisation d'un projet, que le document pressenti pour une mise en ligne soit une archive ou une publication. Définir les problèmes, évaluer le risque qu'une institution est prête à prendre et trouver des arrangements avec les ayants droit est une étape primordiale dans un projet de numérisation, qui peut prendre beaucoup de temps et d'énergie. Sans ces clarifications toutefois, la bibliothèque, le service d'archive ou de documentation peut au final se voir interdire la diffusion de la collection. La recommandation de l'autrice de ces lignes est donc la suivante: ne commencez jamais à numériser avant d'être sûrs de pouvoir mettre en ligne le résultat de vos efforts, au risque de rendre inutile les investissements que vous aurez faits pour réaliser votre projet.

Contact: liliane.regamey@nb.admin.ch

ABSTRACT

Digitalisierungsprojekte in Bibliotheken und Archiven: Probleme und Lösungsansätze

Urheberrecht, Persönlichkeitsschutz, Recht auf Vergessen, Immaterialgüterrecht: Ein Digitalisierungsprojekts wirft zahlreiche Fragen und Probleme auf, für die es Lösungen zu finden gilt.

Die Schweizerische Nationalbibliothek SN hat in Partnerschaft mit Gedächtnisinstitutionen und Verlagshäusern pragmatische Lösungen erarbeitet, um Zeitungen online zu stellen; von der Erstausgabe bis zur jeweils aktuellen Nummer. Der Artikel erklärt weiter Modelle und Beispiele, die im Rahmen des Projektes «Schweizer Presse Online» der Schweizerischen Konferenz der Kantonsbibliotheken (SKKB) entwickelt wurden. Diese sollen den Institutionen Unterstützung bieten, wenn sie sich um das Recht bemühen, einen Pressetitel zu digitalisieren.

4 Voir le compte rendu, en allemand, ainsi que les présentations filmées des intervenants, sur le site d'Infoclio.ch: https://www.infoclio.ch/fr/node/137083

Ein digitales Pflichtexemplarrecht? Der regionale Sammelauftrag bei elektronischen Publikationen

Cornel Dora, Stiftsbibliothek St. Gallen

Die Schweiz kennt auf nationaler Ebene keine Pflicht zur Abgabe von Werkexemplaren an Gedächtnisbibliotheken. Im Papierzeitalter kamen die Bibliotheken ihrem Sammelauftrag durch ein Dépôt Volonté oder aktives Beschaffen nach. Für digitale Publikationen reichen diese Massnahmen aber nicht aus. Nicht nur das Sammeln gestaltet sich schwierig, auch bei der Vermittlung stellen sich für die Bibliotheken zahlreiche Fragen.

Publikationen in digitaler Form stellen die Schweizer Bibliotheken mit regionalem Sammelauftrag vor mehrere ungelöste Probleme:

1. Die Verlage verkaufen nicht mehr Werkexemplare, sondern zeitlich beschränkte Lizenzen.
2. Die Rechteinhaber können die langfristige Erhaltung ihrer Publikationen nicht gewährleisten.
3. Elektronische Publikationen sind veränderlich und einfach zu veröffentlichen.
4. Die Menge an Daten kann nur noch von grossen Bibliotheken bewältigt werden.

In den umliegenden Ländern werden diese Probleme mithilfe des Pflichtexemplarrechts und mit mehr Zusammenarbeit angegangen.

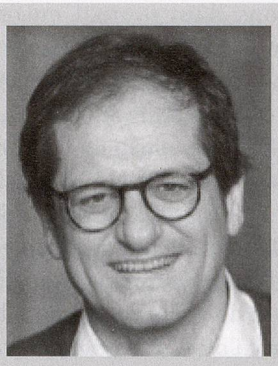
Sammelauftrag beschränkt sich nicht auf Papier

In der internationalen fachlichen Diskussion ist unbestritten, dass neben gedruckten auch die elektronischen Publikationen zum Sammelauftrag der Bibliotheken gehören und Teil des dokumentarischen Erbes eines Landes bilden. Für Bibliotheken mit Gedächtnisaufgaben, in der Regel die Kantonsbibliotheken und die Nationalbibliothek (im Folgenden Gedächtnisbibliotheken genannt) bedeutet das, dass sie die dauernde Aufbewahrung von und den langfristigen Zugang zu diesen Publikationen sicherstellen müssen. Die IFLA (International Federation of Library Associations) hat 2011 auf die Bedeutung des Pflichtexemplarrechts bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe hingewiesen. Ihre Stellungnahme bringt die Problematik auf den Punkt:

«Elektronische Veröffentlichungen sind ein grosser und wesentlicher Bestandteil des dokumentarischen Erbes einer Nation und müssen deshalb in einer Pflichtexemplarregelung berücksichtigt werden, darunter auch die von Internetnutzern erstellten und geteilten Inhalte. Digitale Technologien bieten Möglichkeiten, die Ablieferung von Pflichtexemplaren durch eine schnelle Übertragung zu vereinfachen und die komplexen Aufgaben der Katalogisierung, Indexierung und Aufzeichnung zu erleichtern und das abgelieferte Material damit zu verwalten und zugänglich zu machen. Weil das Internet jedoch allen Nutzern mehr Möglichkeiten bietet, Inhalte online zu veröffentlichen, kann bei diesen Veröffentlichungen möglicherweise keine Vollständigkeit gewährleistet werden. Stattdessen würde eine repräsentative Auswahl den Anforderungen genügen. Digitale Technologien wecken auch neue Bedenken bezüglich der unbefugten Änderung, Vervielfältigung und Verbreitung abgelieferter Materialien. Verlage und Bibliothekare müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die legitimen Bedürfnisse von Nutzern wie von Urheberrechtsinhabern abgelieferter Materialien in diesem sich entwickelnden Umfeld gewahrt werden.»[1]

Schwierigkeiten beim Sammeln ...

Das Sammeln von elektronischen Werkexemplaren durch die Gedächtnisbibliotheken in der Schweiz ist aufgrund unübersichtlicher Vertriebskanäle ohne das Pflichtexemplarrecht oder ein ähnliches Instrument nicht in befriedigendem Ausmass möglich, und die infrastrukturellen Anforderungen zum Unterhalt einer Sammlung erfordern eine kritische Grösse, die nur durch enge Kooperation unter den Bibliotheken erreicht werden kann.



Cornel Dora

... und Fragen bei der Vermittlung

Bei der Vermittlung ist zu klären, was die Gedächtnisbibliotheken – allenfalls auch gegen Bezahlung – dürfen und was untersagt ist. Dabei muss ein fairer Ausgleich zwischen der Gesellschaft und den Inhabern der Urheberrechte stattfinden.

Instrumente, die dabei zum Einsatz kommen könnten, sind eine praxistaugliche Bibliotheksschranke, Ausnahmeregelungen bei den Schutzfristen, pauschale Abgeltungen für vergriffene Werke und Zeitungen, ein bibliothekstaugliches DRM oder örtliche Beschränkungen für die Vermittlung von elektronischen Informationen (walk-in user).

In anderen Ländern seit Langem erprobt

In den meisten Staaten gibt das gesetzlich verankerte Pflichtexemplarrecht den Bibliotheken ein wirksames Instrument für das Sammeln von im Land erscheinenden Publikationen in die Hand. Es entfaltet auch eine symbolische Kraft, weil es den staatlichen Bibliotheken eine langfristige hoheitliche Aufgabe gibt. Das Pflichtexemplarrecht besteht in Frankreich seit 1537, in Deutschland (Bayern) seit 1663, in Grossbritannien seit 1662/1710, in Österreich seit 1808 und in Italien (Toscana) seit 1743.[2]

1 IFLA-Stellungnahme zu Pflichtexemplaren vom 7. Dezember 2011, http://www.ifla.org/files/assets/clm/publications/ifla_statement_legal_deposit_de.pdf (24.3.15)

ABSTRACT

Le dépôt légal digital?

La collecte de publications électroniques pose des problèmes considérables aux bibliothèques suisses. Le marché étant désordonné et les modèles de licenses variés, il est difficile de constituer une collection complète. Et quand on vient à la communication, les questions ouvertes se multiplient, notamment en ce qui concerne les délais. L'introduction d'un dépôt légal au niveau national et au niveau cantonal pourrait être importante pour la cohérence des collections. Afin d'entretenir ces collections digitales de façon optimale, il serait important que les bibliothèques travaillent en réseau et profitent de l'effet de synergie. Pour que les intérêts des ayants droit d'un côté et des bibliothèques et leurs clients de l'autre côté soient respectés, il pourrait s'avérer utile d'ancrer des dispositifs appropriés dans la Loi fédérale sur le droit d'auteur.

FORDERUNG DER SCHWEIZER BIBLIOTHEKEN – DIE POSITION DES BIS

Digitales Pflichtexemplar

1. Die Nationalbibliothek und die Kantonsbibliotheken müssen von allen elektronischen Publikationen, welche auf ihrem Gebiet erscheinen, digitale Werkexemplare erhalten können. Dazu braucht es die Einführung des Pflichtexemplarrechts für elektronische Publikationen oder ein vergleichbares Instrument. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen gehören in den Bereich der Bibliotheks- und Kulturge-setze, nicht des Urheberrechtsgesetzes.

2. Nationalbibliothek und Kantonsbibliotheken müssen die elektronischen Publikationen, die sie im öffentlichen Interesse sammeln, in einem gesetzlich sicheren Rahmen vermitteln können. Dabei müssen die Informationsfreiheit und das Recht zum Eigengebrauch geschützt werden. Um das zu erreichen, ist die Einführung einer Bibliotheksschranke im Urheberrechtsgesetz zu prüfen. Eine Lösung verlangen insbesondere die Fragen der vergriffenen Werke, der verwaisten Werke, der originär digitalen Publikationen, der Webseiten sowie der Zeitungen und Zeitschriften.

REVENDICATIONS DES BIBLIOTHÈQUES SUISSES – PRISE DE POSITION DE LA BIS

Dépôt légal numérique

1. La bibliothèque nationale et les bibliothèques cantonales doivent pouvoir obtenir un exemplaire de chaque publication numérique éditée sur leur territoire. Pour ce faire, il faut introduire le dépôt légal pour les publications numériques ou un instrument équivalent. Les dispositions légales correspondantes appartiennent au domaine des lois sur la culture et sur les bibliothèques et non pas au domaine du droit d'auteur.

2. La bibliothèque nationale et les bibliothèques cantonales doivent pouvoir communiquer les publications numériques qu'elles recueillent dans l'intérêt public, dans un cadre juridique sécurisé dans lequel le droit à l'information et le droit à l'usage privé sont préservés. Pour atteindre cet objectif, il faut envisager l'introduction d'une exception pour les bibliothèques dans le droit d'auteur. Des solutions doivent être trouvées, notamment pour les questions touchant les œuvres épuisées ou orphelines, les publications dites «born digital», les pages web, ainsi que celles touchant les journaux et revues.

In den Vereinigten Staaten hat der Copyright Act von 1790 eine vergleichbare Wirkung. Die Library of Congress führt das Copyright-Register aufgrund der ihr eingesandten Exemplare.[3] Es liegt deshalb im Interesse jedes Verlags, seine Publikationen abzuliefern. Das Pflichtexemplarrecht wurde in den letzten Jahren praktisch überall auf elektronische Publikationen ausgedehnt.[4]

Dépôt Volonté in der Schweiz

In der Schweiz gibt es nur drei Kantone, die über ein Pflichtexemplarrecht verfügen. Es ist wohl kein Zufall, dass sich alle drei in der Westschweiz befinden – es sind Genf (1539–1907 und seit 1967), Waadt (1745–1798 und seit 1938) und Fribourg (seit 1974). Im Kanton St. Gallen scheiterte die Einführung 2013 knapp im Kantonsrat.[5]

Auf Bundesebene und in den meisten Kantonen existiert dagegen kein Pflichtexemplarrecht. Die Nationalbibliothek verfolgt zur Wahrnehmung ihres nationalen Sammelauftrags eine Politik des Dépôt Volonté. Viele Schweizer Verlage liefern ihre Publikationen aufgrund einer vertraglichen Abmachung freiwillig und kostenlos an die Nationalbibliothek. Die Kantonsbibliotheken sind nicht am Dépôt Volonté der Nationalbibliothek beteiligt. Die Publikationen werden in der Regel vom Bibliothekspersonal recherchiert und gekauft.

In der konkreten Arbeit der Gedächtnisbibliotheken spielen die Richtlinien für den regionalen Sammelauftrag eine Rolle, welche die Kantonsbibliotheken 2003 zusammen mit der Nationalbibliothek erarbeitet haben.[6] Für die elektronischen Publikationen genügen diese Richtlinien allerdings nicht mehr. Hier muss heute pragmatisch und mit Mut zur Lücke gesammelt werden, denn der Bereich ist unübersehbar geworden. Der Markt hat zudem neue Vertriebskanäle entstehen lassen, die an den Bibliotheken vorbeiführen.

Vor allem wegen des Fehlens des Pflichtexemplarrechts sind die Schweizer Bibliotheken bei der Wahrnehmung des regionalen Sammelauftrags im Vergleich mit den meisten Ländern schlechter gestellt. Es wäre sinnvoll, mindestens für elektronische Publikationen ein pragmatisch gestaltetes Pflichtexemplarrecht oder ein vergleichbares Instrument einzuführen.

Kontakt: Cornel.Dora@kk-stibi.sg.ch

2 Wikipedia, «Pflichtexemplar», http://de.wikipedia.org/wiki/Pflichtexemplar (25.3.15), «Dépôt Légal», http://fr.wikipedia.org/wiki/D%C3%A9p%C3%B4t_l%C3%A9gal, und «Legal Deposit», http://en.wikipedia.org/wiki/Legal_deposit (25.3.15)

3 United States Copyright Office, http://en.wikipedia.org/wiki/United_States_Copyright_Office (25.3.15)

4 Beispielsweise für die Deutsche Nationalbibliothek: http://www.dnb.de/DE/Netzpublikationen/netzpublikationen_node.html (25.3.15)

5 Cornel Dora, «Wiborada lächelt: Der Weg zum ersten modernen Bibliotheksgesetz der Schweiz im Kanton St.Gallen», in: *Buch – Bibliothek – Region: Wolfgang Schmitz zum 65. Geburtstag*, hrsg. von Christine Haug und Rolf Thiele, Wiesbaden 2014

6 Die Richtlinien wurden von der IG Studien- und Bildungsbibliotheken am 20. Juni 2003 beschlossen, publiziert in Stefan Mauruschat, *Lucernensia an der Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern: Evaluation, Konzept und Entwicklung einer Checkliste zum kantonalen Sammelauftrag*, Diplomarbeit HTW Chur, 2005, S. 55–56, http://edoc.zhbluzern.ch/zhb/zhb_edoc_002_mauruschat.pdf (25.3.15)